

Die Waffen nieder!

Nein zum Krieg, nein zum
Völkerrechtsbruch durch Russland,
für Deeskalation und Abrüstung.



Angriff auf die Ukraine: Stoppt den Krieg!

! Erklärung der Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler und der Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Bundestag Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch: Putins Truppen greifen die Ukraine an. DIE LINKE stellt sich gegen diesen völkerrechtswidrigen Angriff. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Seit langem schon werden die Menschen vor Ort zum Spielball der Einflussphären von NATO und Russland gemacht. Sie sind nun brutal von den Kampfhandlungen betroffen. Ihnen gehört unsere Solidarität! Sicherheit und Unabhängigkeit der Ukraine müssen wiederhergestellt werden!
Praktisch über Nacht hat Bundeskanz-

ler Scholz eine Aufrüstung von 100 Mrd. Euro angekündigt – weit mehr als das Aufrüstungsziel der NATO von 2 Prozent! Diese Summe soll als Vermögen der Bundeswehr ins Grundgesetz eingeschrieben werden. Es soll erlauben, die Schuldenbremse zu umgehen. Es wird nur noch mit einer Zweidrittelmehrheit verändert werden – also vermutlich nie mehr.

Nach Jahren, in denen angeblich „kein Geld“ für Bildung, Pflegenotstand und soziale Sicherheit da waren! Nachdem der Etat der Bundeswehr bereits um fast die Hälfte erhöht worden ist. Hier wird nicht im Interesse der ukrainischen Bevölkerung gehandelt – ihr nutzt eine Aufrüstung der Bundeswehr nichts. Hier werden die Gunst der Stunde und Sor-

gen der Menschen angesichts der Rückkehr des Krieges genutzt und den Rüstungskonzernen ein Sondergeschenk gemacht.

Mehr Waffen schaffen keinen Frieden. Konventionelle Rüstung spielt im Zeitalter der Atomwaffen kaum eine Rolle für die „Abschreckung“. Und ein Gleichgewicht des Schreckens schafft nur Schrecken.

Es braucht dringend: einen Waffenstillstand, Verhandlungen und zivile Konfliktbearbeitungen.

DIE LINKE ruft bundesweit zu Protesten auf: Nein zum Krieg. Nein zu einem neuen Kalten Krieg. Nein zur Aufrüstung.

Die Waffen nieder, Frieden jetzt!

DIE LINKE fordert

1. Die russischen Truppen müssen sofort zurückgezogen werden!
2. Sanktionen müssen die russische Rüstungsindustrie und Putins Verbündete treffen: Den Auslandsbesitz der russischen Millionäre und Milliardäre beschlagnahmen!
3. Kein Aufrüsten, kein Sondervermögen für die Bundeswehr im Grundgesetz. Stattdessen die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz streichen.
4. 100 Mrd. Euro müssen in Energiewende und Klimaschutz, für gute Bildung und Gesundheit eingesetzt werden. Das macht auch die Energieversorgung in Deutschland unabhängiger.
5. Keinen Flächenbrand riskieren! Verhandlungen und Diplomatie statt Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete.
6. Geflüchtete schützen – und zwar alle! Keine Pushbacks an der EU Grenze! Solidarische Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern aus Russland und der Ukraine!

Auch die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus verurteilt Putins völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. In ihrer Erklärung heißt es: „Absolut nichts rechtfertigt diesen verbrecherischen Akt. Die russische Invasion muss sofort beendet, die Truppen müssen zurückgezogen werden. Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine, die in diesen Tagen unvorstellbares Leid erfahren. Unsere Solidarität gilt auch all denen, die in Russland gegen den Krieg auf die Straße gehen. Mit ihrem mutigen Einsatz setzen sie ein sehr wichtiges Zeichen – gegen Putin und für die internationale Friedensbewegung.“

Gysi meint...

Ohne Abrüstung kein dauerhafter Frieden

„ Nie war eine linke Friedenspolitik wichtiger als jetzt, da nach dem völkerrechtswidrigen Krieg der NATO gegen Jugoslawien erneut Krieg geführt wird in Europa. Diesmal geht die Aggression von Russland und seinem Präsidenten Putin aus. Sein Eroberungsfeldzug gegen die Ukraine stellt eine Zäsur in den internationalen Beziehungen dar. Putins imperiales Denken ist eine Katastrophe. Diplomatie und Interessenausgleich ha-

ben als Grundlagen für die Gestaltung der internationalen Beziehungen nur dann eine Chance, wenn das Völkerrecht unumschränkt gilt und nicht durch Kriege konterkariert wird. Angriffskriege sind immer verboten, Verteidigungskriege immer erlaubt. Deutschland sollte sich aufgrund seiner Geschichte vom Rüstungsexport vollständig verabschieden. Die internationalen Beziehungen sind an einem Scheideweg. Putins Kurs, die

Nachkriegsordnung und deren Entwicklung nach dem Ende der Systemauseinandersetzung nach seinem Gusto nun mit Gewalt zu verändern, setzt militärische Stärke an die Stelle von Diplomatie und Interessenausgleich. Die von den USA geführte NATO hat ihrerseits im Gefühl der Überlegenheit letztlich die Blockkonfrontation des Kalten Krieges gegen Russland und später auch China fortgesetzt, als sie nach 1990 um ihre Existenzberechtigung fürchtete. Dies rechtfertigt Putins Krieg gegen die Ukraine in keiner Weise. Wenn die Demokratien des Westens ihre Werteordnung zum Vorbild für die Welt machen wollen, müssen sie die Herausforderung einer multilateralen Welt ernsthaft annehmen und dürfen nicht selbst auf militärische Überlegenheit setzen. Es braucht neue Initiativen zur gegenseitigen Rüstungskontrolle statt wechselseitiger Hochrüstung, die Milliarden und Abermilliarden verschlingt, die im Kampf gegen den Klimawandel und die soziale Ungleichheit dringend gebraucht werden.



Beschlagnahmung von russischem Hochhaus-Bau?

Katalin Gennburg fordert Sanktionierung russischen Immobilienkapitals



Seit ein paar Wochen führen russische Streitkräfte einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Europäische Union sowie weitere Staaten haben nun schwerwiegende wirtschaftliche Sanktionen erlassen, um die wirtschaftlichen Spielräume des russischen Staates einzuengen. Da anzunehmen ist, dass russische Investoren eine nicht unbedeutende Rolle auf dem Berliner Immobilienmarkt spielen und es in den vergangenen Jahren durch russische Investoren zu Immobilieninvestitionen in Milliardenhöhe kam, möchte Katalin Gennburg nun diese Immobilienbesitze und Projekte russischer Investoren in den Blick nehmen. Diese sollen vor allem russische Eliten und Oligarchen treffen.

Dazu meint Gennburg, „Die Beschlagnahme von Immobilienwerten kann hierfür ein gut geeignetes Mittel sein. Darüber hinaus muss nun geprüft werden, ob sich Projekte russischer Immobilienunternehmen und -entwickler, die

sich derzeit in Planung und Entwicklung befinden, nun stoppen lassen“.

Ein Beispiel von zentraler und städtebaulicher Lage ist dabei der Bau des Hochhauses „Alexander“. Ausführender Entwickler ist die österreichische PORR Gruppe, während das Moskauer Immobilienunternehmen MonArch als Auftraggeber geführt wird. Dieses ist international tätig und entwickelte bereits vor „Alexander“ Immobilien in Berlin. Die massiven Ströme internationalen Immobilienkapitals seien dabei ein bereits bekanntes Problem in Berlin, welches durch die Problematik indirekter oder direkter Kriegsfinanzierung zuge-spitzt wird.

Um über die Hintergründe aufzuklären, reichte die Abgeordnete Gennburg am Donnerstag, 3. März 2022, eine parlamentarische Anfrage ein. Diese geht auf die Immobilien im Besitz russischer Unternehmen und möglichen Auswirkungen der SWIFT-Auskopplung auf Berliner Mieter:innen ein. Des Weiteren wird der Handlungsspielraum des Berliner

Senats für eine entschlossene und zielgenaue Unterstützung der Sanktionspolitik erfragt.

„Der Senat muss in dieser Sache nun aktiv werden und ausloten, welche Optionen es gibt. Dazu gehört auch, Gespräche mit dem Bund zu führen. Es fällt uns einmal mehr auf die Füße, dass es so einfach ist, Informationen über Eigentümerstrukturen zu verschleiern. Es braucht dringend ein Mieten- und Liegenschaftskataster sowie eine verwaltungsseitige Zusammenführung der bestehenden Register“, so Gennburg.

Im Bereich der Finanzkontrolle hätte es enorme Versäumnisse in den vergangenen Jahren gegeben. „Die Spekulationsdynamiken in unserer Stadt finanzieren zwielichtige Akteure in der ganzen Welt!“.

Die komplette Pressemitteilung finden Sie unter: katalingennburg.de

Der „Alexander Capitol Tower“ sollte direkt neben dem Einkaufszentrum Alexa am Alexanderplatz entstehen.

Grafik: PORR / Ortner & Ortner



Feministischer Kampftag (& globaler Klimastreik)

Linksjugend mit der AG Frauen am 8. März

Lisa Pfitzmann, Sprecherin der Linksjugend Treptow-Köpenick: „Wir wählten den Begriff des feministischen Kampftages um hervorzuheben, dass wir den 8. März nicht als einen Tag der bloßen Anerkennung und Dankbarkeit gegenüber Frauen verstehen. Die klassische Rolle der Frau, die sich wie selbstverständlich um Versorgungs- und Pflegearbeit (sogenannte Care-Arbeit) kümmert, lehnen wir ab, da sie Ursache der Unterdrückung von Frauen ist. Wir wollen an diesem und jedem anderen Tag

für unsere sozialistisch-feministischen Anliegen eintreten. Patriarchale Machtstrukturen betreffen nicht ausschließlich Frauen, also sprechen wir von einem feministischen Kampftag anstelle eines Frauenkampftages. Queere Menschen beispielsweise stellen die klassische Geschlechterteilung von Mann und Frau in Frage. Ihre Forderungen und die Bekämpfung von Queerfeindlichkeit (z.B. Homophobie) sind also eng mit feministischen Kämpfen verbunden.“ Einen Tag zuvor besuchten die Gruppen

die Kundgebung von Katalin Gennburg und dem PeeForFree-Bündnis in der Nähe vom Roten Rathaus. Das Bündnis setzt sich für kostenlose öffentliche Toiletten ein, die ökologisch, sicher und diskriminierungsfrei sein sollen. Während Pissoirs kostenfrei zur Nutzung bereitstehen, sollen für Sitztoiletten 50ct gezahlt werden. Dies entspricht nicht dem Vorhaben einer geschlechtergerechten Stadt und ist sozial-ungerecht. Kostenfreie öffentliche Toiletten sind ein feministisches Anliegen, das viele weitere Bedarfsgruppen mit einschließt, die von diesem Angebot abhängig sind (z.B. Senior:innen).

Der feministische Kampf um Unabhängigkeit dreht sich auch um den Arbeitsmarkt. Mit der Möglichkeit arbeiten gehen zu können, blieb es bei Frauen

weiterhin bei der Zuschreibung, implizit für Care-Arbeit zuständig zu sein. Dies führt zu einer Doppelbelastung.

Das Berliner Bündnis Gesundheit statt Profite verband dieses Problem mit den Missständen im Bereich von bezahlter Pflegearbeit, bei der es bereits vor der Zuspitzung durch die Pandemie zu Überlastungen von Pflegepersonal kam. Unter dem Aufruf „An care denken! Kämpfe vereinen, Überlastung beenden“ schlossen sich die Linksjugend und die AG Frauen der Demonstration am Rosa-Luxemburg-Platz an.

Um 14 Uhr ging es weiter im Bezirk. Für die diesjährige Verteilaktion von DIE LINKE Treptow-Köpenick designte die AG Frauen Bierdeckel und Informationsflyer zum Thema Menstruation. Dabei verwiesen sie auf das Thema der Menstruationsarmut – dem Umstand, zu wenig Geld für Hygieneprodukte zur Verfügung zu haben.

In den sozialen Medien wurde auf den feministischen Kampftag auch unter dem Hashtag #PeopleNotProfit (dt: #MenschenNichtProfite) aufmerksam gemacht. Diesen Hashtag nutzte die Linksjugend auch für den globalen Klimastreik, der am 25.3. stattfand. Sie malten ein Transparent mit der Aufschrift „Umwelt schützen, Nicht Konzerne! #PeopleNOTProfit“, um auch dort für eine nachhaltige und sozial-gerechte

■ ■ Zukunft zu kämpfen.

Linksjugend TK/ AG Frauen



Aus
dem

Rathaus

TREPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 279

April 2022

Fraktion DIE LINKE

in der BVV Treptow-Köpenick



Screenshot/ Josef Rohmann

Fraktionsvorsitzender Philipp Wohlfeil bei der Begründung des Änderungsantrags in der BVV-Sitzung

Ende der Haushaltssperre

BVV beschließt knappen Haushalt 2022/23



„Sicherlich ist das kein auskömmlicher und bedarfsge rechter Haushalt“, kritisiert Philipp Wohlfeil, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE gleich zu Beginn der Debatte. Insbesondere die pauschalen Kürzungen, die stadtweit alle Bezirks-

haushaltspläne als „Coronabeitrag“ erfahren hätten, seien problematisch. Auch Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) findet deutliche Worte: „Wir sind nicht gut ausgestattet“. Gegenüber dem Senat habe er die schlechte Ausstattung kritisiert und sei mit dem Druck

zum Teil erfolgreich gewesen. Der Haushalt sei knapp, aber kein Weltuntergang. „Wir von SPD, Grünen und Linken konzentrieren uns auf die Ausnutzung der Spielräume und sichern bestehende Angebote der sozialen und kulturellen Infrastruktur“, erklärt Wohlfeil zum Änderungsantrag. Dazu gehören Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, Volkshochschule und Musikschule oder eben auch der Industriesalon und die Tourist Information. Terminverfügbar-

keit und Digitalisierung der Bürgerämter solle verbessert, die Öffnungszeiten der Bibliotheken ausgebaut, die Grünflächenpflege, der Stadtentwicklungsbe reich und der Öffentliche Gesundheitsdienst gestärkt werden.

Die CDU kritisierte, im Bereich Weiterbildung und Kultur wäre nicht genug Geld eingestellt. Dass in Treptow-Köpenick der stadtweit einzige Neubau einer Musikschule finanziert wird, schien vergessen. Von der FDP war ebenfalls umfangreiche Kritik zu hören. Die Mühe, einen eigenen Antrag zum Haushalt zu stellen, hätten sie sich aber nicht gemacht, bemängelt Wohlfeil. Ein erwartbarer Antrag kam stattdessen knapp vor Sitzungsbeginn von der AfD. Die Finanzierung des Zentrums für Demokratie, der Projekte Schule mit Courage/ ohne Rassismus sowie von kostenlos ausleihbaren Lastenrädern solle eingestellt werden. „Offenbar wird in diesen Projekten einiges richtig gemacht, wenn sie die AfD derart stören“, kommentiert Wohlfeil.

Beschlossen wurde der Haushalt schließlich zusammen mit den Verbesserungen von SPD, LINKE und B90/Grüne. Damit ist der Weg frei für den Haushaltsbeschluss im Abgeordnetenhaus und das Ende der vorläufigen Haushaltssperre. Besonders freie Träger hatten darunter zu leiden, dass es in den vergangenen Monaten keinen gültigen Berliner Haushalt gab, mit dem sie planen konnten.

Corona und Krieg binden Ressourcen

Doppelhaushalt des Bezirksamtes Treptow-Köpenick



Wie erwartet kann auch der Bezirk Treptow-Köpenick in den nächsten eineinhalb Jahren finanziell keine großen Sprünge machen. Der Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine binden Ressourcen, die die Zuweisungen an die Bezirke reduzieren, hinzu kommen steigende Preise u.a. für Baumaßnahmen und Energie. Das Bezirksamt hat sich in seinem Haushaltsplan-Entwurf deshalb auf den Erhalt und die Stabilisierung bestehender Angebote, Einrichtungen und Projekte konzentriert. Die soziale und kulturelle Infrastruktur bleibt erhalten, die Ge-

währleistung von Pflichtleistungen abgesichert.

Auf Vorschlag der Kooperationspartner SPD, LINKE und Grüne hat der Ausschuss für Haushalt, Personal, Verwaltung, Immobilien und Gleichstellung einen Begleit Antrag zum Haushaltsplanentwurf beschlossen und der Bezirksverordnetenversammlung zur Abstimmung vorgelegt und damit einige zusätzliche Schwerpunkte gesetzt. Mit dem Antrag wird das Bezirksamt aufgefordert, sicherzustellen, dass der Weiterbetrieb des Industriesalons und der Touristinformation in der Altstadt Köpenick

und im Treptower Hafen gewährleistet ist. Die Honorarmittel für die Volkshochschule und für die Musikschule sollen angehoben werden. Die Möglichkeit der Einstellung von Saisonkräften für die Grün- und Freiflächenpflege in den Sommermonaten soll weiter genutzt und wenn möglich ausgebaut werden. Die notwendigen Mittel zur Umsetzung des Jugendfördergesetzes sollen wie im bezirklichen Jugendförderplan beschlossen, bereitgestellt werden; damit werden kleine Angebotserweiterungen möglich. Die Zahl der Kinderärzt:innen im Gesundheitsamt soll verbessert werden. Die Mittel für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Bau-Planungen soll für konkret umrissene Maßnahmen bei Bedarf erhöht werden.

Das Bezirksamt wird darüber hinaus ersucht, sich gegenüber dem Senat dafür einzusetzen, dass die für die Finan-

zierung der tariflichen Bezahlung aller Zuwendungsempfänger erforderlichen Mittel in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen vollständig vom Land finanziert werden.

Außerdem wird das Bezirksamt aufgefordert, Zielvereinbarungen mit dem Land Berlin zur Erhöhung der Jahresöffnungszeiten der Bibliotheken, zur Personellen Verstärkung des Stadtentwicklungsamtes im Bereich Wohnungsbau, zur Grünflächenpflege und Nachpflanzung von Straßenbäumen bzw. Bäumen in Grünflächen, zur Stärkung des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, und zur Stärkung der Bürgerämter u.a. durch Digitalisierung von Dienstleistungen und Ausbau der Terminverfügbarkeit abzuschließen.

● Gernot Klemm

Sprecher für Haushalt der Fraktion DIE LINKE

TREPTOW-KÖPENICK

Aus dem **Rathaus**



Foto von Fraktion DIE LINKE TK

Anwohner:innen kämpften um den Erhalt des grünen Innenhofs.

Erfolg für Bürgerinitiative

Innenhof frei bei Nachverdichtung in der Orionstraße



Zuletzt sah es schlecht aus für Anwohnende und die Bürgerinitiative in Plänterwald, die sich unter anderem für eine behutsame Nachverdichtung eingesetzt und den Erhalt des grünen Innenhofs in der Orion-

straße gefordert hatten. Geplant war, hier zwei Neubauten zu errichten. Nachdem Monate von Verhandlungen, Gesprächen und Anträgen in der Bezirksverordnetenversammlung vorangegangen waren, hatte die städtische

Tarifgerechte Bezahlung

Senat soll Aufwendungen vollständig finanzieren



Freie Träger und andere Zuwendungsempfänger werden vom Land finanziell unterstützt, damit sie wichtige gesellschaftliche Aufgaben erledigen. Dazu gehören etwa Angebote der Jugendhilfe, Kitaangebote oder vielfältige Unterstützungs- und Beratungsangebote. Nach Beschluss der Rot-Grün-Roten Koalition sollen die Mitarbeitenden dieser Zuwendungsempfänger die gleiche Bezahlung erhalten wie in staatlichen Einrichtungen. Diese wird im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TVL) geregelt. Das dafür nötige Geld soll den Bezirken vom Land Berlin explizit bereitgestellt werden, denn derzeit kommt das Geld nicht bei den Beschäftigten an. DIE LINKE Treptow-Köpenick hat daher in einem Antrag an die BVV gefordert, das Bezirksamt aufzufordern, sich gegenüber dem Senat dafür einzusetzen, dass die für die Finanzierung der tariflichen Bezahlung aller Zuwendungsempfänger erforderlichen Mittel in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen vollstän-

dig vom Land finanziert werden. Gegebenenfalls soll das Bezirksamt einen entsprechenden Beschluss des Rates der Bürgermeister initiieren. Dieser soll die Voraussetzungen schaffen, dass alle für die Leistungserbringung in den Bezirken tätigen Zuwendungsempfänger tarifgerecht bezahlen können. Dazu erklärt Karin Kant, Initiatorin des Antrags der Fraktion DIE LINKE: „Die Beschäftigten bei den freien Trägern und Zuwendungsempfängern haben die gleiche Bezahlung wie die Beschäftigten in Landesbetrieben verdient. Das hat Berlin beschlossen und muss nun auch den Bezirken die entsprechenden Mittel direkt bereitstellen. Die bisherige Praxis führt dazu, dass bei den Beschäftigten nicht mehr Geld ankommt. Die Zuwendungsempfänger übernehmen wichtige Aufgaben, die das Land nicht selber leisten kann. Daher muss es Priorität haben, dafür zu sorgen, dass die gerechte Bezahlung auch bei den Beschäftigten ankommt.“

Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land zunächst eine Absichtserklärung unterzeichnet. „Darin wurde festgelegt, dass Bezirksamt und Wohnungsbaugesellschaft einen Grundstückstausch anstreben. Dadurch wäre nicht nur der grüne Innenhof erhalten geblieben, sondern auch mehr neue Wohnungen möglich gewesen“, erläutert Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion DIE LINKE. Es sei ein Schock gewesen, dass die Wohnungsbaugesellschaft dann unvermittelt diese Absichtserklärung im Januar einseitig aufgekündigt hatte.

„Dieser Vertrauensbruch war ein politischer Skandal und wir haben alles versucht, um Stadt und Land zurück an den Verhandlungstisch zu bringen“, so Doering. Die Zeit war knapp, denn das Bezirksamt war rechtlich gezwungen, die Baugenehmigung für den Innenhof und weitere Gebäude im Umfeld zu erteilen. Während die Baumfällarbeiten an den anderen Standorten am 24. Februar unter protestierenden Anwohner:innen starteten, blieb der große Innenhof jedoch unangetastet.

Das Umweltamt hatte kurzfristig Fehler

im Naturschutzgutachten der Wohnungsbaugesellschaft gefunden. Baumfällungen vor Beginn der Schutzperiode waren nun nicht mehr möglich. „Ich bedanke mich beim Amt für das genaue Hinsehen. Vermutlich ist dadurch nun die erneute Kehrtwende der „Stadt und Land“ möglich geworden“, freut sich Doering.

Auf Nachfrage von Doering antwortet Baustadträtin Claudia Leistner (B90/Grüne) der Bezirksverordnetenversammlung (BVV): „Es ist uns gelungen, dass wir den Innenhof in der Orionstraße freihalten und zu einer öffentlichen Grünanlage machen können“. Der angestrebte Grundstückstausch werde nun doch vollzogen, als Kompromiss werde aber noch ein kleinerer Anbau an ein vorhandenes Gebäude erfolgen. Baubeginn an den Standorten der Fällungen sei schon im Mai 2022.

„Ich freue mich riesig, dass der Einsatz der Bürgerinitiative in Zusammenarbeit mit der BVV und Bezirksamt zu diesem Erfolg geführt hat. Es zeigt, dass Engagement und langer Atem viel verändern kann“, so Doering.

● Joseph Rohmann



Zeichnung: Loclab Consulting GmbH

Umbaupläne der BVG am Cajamarca-Platz. Die Straßenbahnen, die von der Brückenstraße herunter fahren, biegen künftig nicht mehr links ab auf den Vorplatz des Bahnhofs, sondern fahren geradeaus. Vor dem Einkaufscenter Schöne weide wird eine neue Haltestelle errichtet, welche die bisherige Haltestelle vor dem Bahnhofsgebäude ersetzt.

Partnerstadt berücksichtigen

Vorschlag zur Neugestaltung am Bahnhof Schöne weide

Bei der anstehenden Umgestaltung des nördlichen Vorplatzes des Bahnhofs Schöne weide soll die namensgebende Stadt, unsere langjährige Partnerstadt Cajamarca in Peru, in der Platzgestaltung mit gewürdigt werden. Dies könnte beispielsweise durch die Sichtbarmachung des Stadtwappens und einer Informationstafel geschehen. Einen entsprechenden Antrag an die BVV stellten gemeinsam die Fraktionen B90 / Grüne, SPD und DIE LINKE.

Seit dem 4. Januar 2010 trägt der Platz den Namen unserer Partnerstadt. Dem gingen mehrere Anträge der BVV voraus, auch gestaltete sich die Findung eines passenden Platzes schwierig. Zurzeit besteht die Benennung nur aus einem Straßenschild und der neue Name ist nicht in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen. Der anstehende Umbau bietet hier die Möglichkeit, die Städtepartnerschaft zu untermauern.

Köpenicker und Treptower helfen Menschen in Not

Resolution der Bezirksverordnetenversammlung



Der schreckliche Krieg in der Ukraine wirkt sich unmittelbar auf unseren Stadtbezirk aus. Tausende von Geflüchteten aus der Ukraine sind bereits in Privatunterkünften und Sammelquartieren untergekommen, und es werden täglich mehr. Sie kommen zu uns mit der Hoffnung auf Unterstützung und es kommt nunmehr darauf an, diesen häufig traumatisierten Menschen schnell und unbürokratisch zu helfen.

Da die Registrierung der geflohenen Menschen in Berlin gerade erst angefallen ist, besteht kein genauer Überblick über die Anzahl der hier Angekommenen. Mit dem Ziel, diesen Menschen in Not dennoch von staatlicher Seite unmittelbare Unterstützung zu gewährleisten, wurde im Bezirksamt von Treptow-Köpenick ein Ukraine-Krisenstab gebildet. Das Amt für Soziales richtete in der Sporthalle in der Merlitzstraße in Adlershof eine Anlaufstelle für Geflüchtete aus der Ukraine ein. Dort erhalten sie eine Bescheinigung für die Krankenversicherung und entsprechend dem Asyl-

bewerberleistungsgesetz Bargeld für einen Monat. Nach rund zwei Stunden Wartezeit sind die Menschen erst einmal mal mit dem Nötigsten versorgt. Hervorzuheben ist der große Einsatz der hier Tätigen aus dem Sozialamt, die in eingespielten Teams aus Sozialarbeiter:innen und Sprachmittlern die Menschen beraten und die Anträge gemeinsam ausfüllen. Natürlich geht das nicht ohne Unterstützung von freiwilligen ehrenamtlichen Helfern, die dabei als Dolmetscher für Ukrainisch bzw. Russisch tätig sind. Darunter befinden sich hier lebende Russen und Ukrainer sowie beispielsweise ehemalige Studierende aus der DDR in der Sowjetunion, denen es ein Bedürfnis ist, ihren Beitrag zu leisten.

Dank dieses eingespielten Systems konnte bisher vermieden werden, dass es, wie in anderen Bezirken geschehen, zu langen Warteschlangen vor den Ämtern kommt. Jeden Tag werden etwa 150 Wartemarken verteilt. Das bedeutet, dass jeden Tag für rund 500 Flüchtlinge Hilfsleistungen beantragt werden



Foto: Privat

Carolyn Weingart mit ihrem Vater Thomas Weingart als ehrenamtlichem Sprachmittler im Gespräch mit einer aus der Ukraine geflüchteten Frau.

– viele kommen ja mit Kindern. Diese erste unbürokratische Hilfe ersetzt nicht die zentrale Registrierung, die u.a. Voraussetzung für die von vielen Ukrainern angestrebte kurzfristige Arbeitsaufnahme ist. Viele Fragen betreffen auch den KITA- und Schulbesuch der zahlreichen Kinder unter den Geflüchteten. Von Seiten des Senats wurde für alle Fragen der Angekommenen aus der Ukraine eine Hotline und eine Internetseite eingerichtet, auf der sie sich registrieren lassen können.

Für die kommenden Tage und Wochen ist mit einer weiteren Erhöhung der Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine zu rechnen. Diese aufzunehmen und ihnen zu helfen bleibt eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die nicht ohne den Einsatz von haupt- und ehrenamtlichen Helfern aus unserem Stadtbezirk zu meistern ist.

● Carolyn Weingart
Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Leiterin der Abteilung Soziales, Arbeit und Teilhabe

Katastrophale Zustände

Betreiber überfordert, Ehrenamtliche mussten helfen

Es sind Zustände, die man kaum für möglich hält an der langjährig bestehenden und eigentlich gut durchorganisierten Unterkunft für Geflüchtete in der Alfredt-Randt-Straße in Köpenick. Ende 2021 hat der bisherige Betreiber Internationaler Bund jedoch die Ausschreibung gegen das Deutsche Rote Kreuz Müggelspree Nothilfe verloren. Bei der Aufnahme von Menschen, die vor dem russischen Krieg gegen die Ukraine geflüchtet sind, brach nun großes Chaos aus. Protokolle von anwesenden Ehrenamtlichen zeugen von schlechter Vorbereitung, einem überforderten Träger und weitgehend gleichgültigem Personal. Wir dokumentieren hier Auszüge, den gesamten Bericht gibt es im Internet (sh. am Ende des Artikels) „Ehrenamtliche sind schon dort, weitere treffen nach und nach ein. Man kennt sich. Entweder persönlich oder durch Vernetzung. Es sind die, die immer helfen.“

„Im Hof stapeln sich am und um den Müllplatz unzählige Müllsäcke, Möbelstücke, Elektrogeräte, Spielzeug, vermeintliche Hinterlassenschaften der ehemaligen Bewohner:innen [...] Darin

befinden sich private Unterlagen und amtliche Dokumente, Briefe, ein Fahrzeugbrief, ein Laptop. Mitarbeiter:innen hätten auf Anweisung die Zimmer von nicht anwesenden Bewohner:innen geöffnet und im Zuge des Leerzuges der Unterkunft alle Zimmer ausgeräumt und das Vorgefundene einfach eigenständig als Müll entsorgt.“ „Beim Eintritt stelle ich erschrocken fest, dass es stark nach Urin und sehr muffig riecht. Die Wände und Türen sind schmutzig und beschmiert. Mein Sohn flüstert mir ungläubig ins Ohr, dass die Zimmer verdrückt seien.“

„Auf einem anderen Tisch stehen für die Ehrenamtlichen Wasser, Kekse und frischer Kaffee bereit. Auf die Frage, wo denn die Getränke und Snacks für die Geflüchteten seien, folgt Schweigen. [...] Einige Ehrenamtliche, auch mein Sohn, machen sich auf den Weg, um das Nötige einzukaufen. Sie zahlen Wasser, Säfte, Kaffee, Tee, Milch, Kekse u.ä. aus ihrer eigenen Tasche.“

„Es gibt keine Informationstafeln oder wenigstens Zettel, die den Ankommenen und auch den Ehrenamtlichen mehrsprachig Wege aufzeigen oder Ori-

entierung geben könnten. Auch die Mitarbeiter:innen sind als solche nicht zu erkennen. Ich sehe sie meist irgendwo herumstehen, rauchend, sich unterhaltend.“

„Gegen 13 Uhr kommen die Menschen aus der Ukraine, es sind tatsächlich sehr viele Frauen und Kinder, nach und nach in den Hof. Pizzen und Salate für die Ehrenamtlichen treffen ein. Als ich erfahre, dass die Schutzsuchenden nach Essen fragen und es heißt, dass der Caterer erst um 17:30 Uhr eine Mahlzeit ausgeben will, vergeht mir der Appetit. Ich weise eine Mitarbeiterin darauf hin, dass die Menschen Hunger haben, dass sie nach Babynahrung fragen und schnellstmöglich versorgt werden sollten. Sie zuckt mit den Schultern.“

„Die einzige „Mahlzeit“, die an diesem Tag gereicht werden soll, sind Tüten mit einem kleinen Apfel, einem kleinen Joghurt, einem Brötchen und je einer Scheibe Käse und Wurst. „Ich sammle Töpfe, Kellen, Rührlöffel zusammen und richte mir in einer Küche, in der zwei von vier Herden funktionstüchtig sind, eine Suppenküche ein. Es gibt wenig Löffel und keine Schüsseln oder Teller. Nächster Hilferuf via Facebook, Menschen bringen nun Einwegschüsseln.“

„Die Menschen erhalten keine Schlüssel für ihre Zimmer und müssen ihr Hab und Gut ungeschützt dort zurücklassen. Sie bekommen aus der Wäschekammer

Kopfkissen, Bettdecken und Bettwäsche. [...] Es sei die Anweisung durch die Heimleiterin erfolgt, dass die Schutzsuchenden keine Handtücher erhalten. Geflüchtete bitten um Austausch ihrer Bettdecken, weil sie verschmutzt seien. Dies wird abgelehnt, alle Kopfkissen und Decken seien frisch gewaschen. Ich überlege, ob ich mich in eine Decke kuscheln würde, die Flecken hat?“

Eine Geflüchtete erzählt „traurig, sie habe sich seit sieben Tagen nicht mehr richtig gewaschen. Wir benötigen immer noch dringend Seife, so dass die Menschen sich endlich reinigen können.“ „Zwischendurch treffen am Tor weitere Unterstützer:innen ein, die Handtücher und Hygieneartikel und vieles mehr vorbei bringen.“ „Wir alle haben funktioniert, wir haben Bedarfe wahrgenommen, entsprechend reagiert und gehandelt. Alle? Nun, eigentlich nur die Ehrenamtlichen und die beiden ehemaligen Bewohner, die nun beim DRK Müggelspree Nothilfe angestellt sind.“

Deshalb hat die BVV auf Antrag von DIE LINKE, SPD und B90/Grüne beschlossen, dass der Betreiber der Unterkunft genau begutachtet und gegebenenfalls gewechselt werden soll.



Der vollständige Bericht ist im Internet zu finden: <https://gleft.de/4Fj>



Visualisierung © Grün Berlin c/o die grüne

So soll das Riesenrad in drei Jahren aussehen.

Ostern 2025 am Riesenrad

Neue Gondeln schweben über Wasserbecken



In einem digitalen Pressegespräch haben Dr. Silke Karcher, Staatssekretärin für Umwelt und Klimaschutz, und Christoph Schmidt, Geschäftsführer des landeseigenen Unternehmens Grün Berlin, die Pläne zur Wiederaufstellung des Riesenrads im neuen Spreepark vorgestellt. Passend zur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelten Neukonzeptionierung der ehemals reinen Vergnügungsstätte zu einem modernen,

umweltverträglichen Kunst- und Kulturpark für alle Berlinerinnen und Berliner erfährt auch das Riesenrad eine Weiterentwicklung: Große Teile der Altkonstruktion werden sorgfältig aufgearbeitet und wiederverwendet, neu ist dagegen das diagonal abgehängte Tragwerk für das Riesenrad, mit dem das Wahrzeichen künftig direkt über dem Spiegel eines 3.000 Quadratmeter großen Wasserbeckens schweben wird. Die bisherigen Gondeln müssen ersetzt werden,

weil sie nicht sanierungsfähig sind. Geplant ist hier nach jetzigem Stand eine runde Form, die sich an den Gondeln des ersten Riesenrads im Spreepark orientiert, das von 1969 bis 1989 im Plänterwald stand. Das neue, kreisrunde Wasserbecken, mit einem barrierefreien Zugang zum Riesenrad, dient zugleich als Rückhalteraum für die Regenwasserspeicherung, zur Bewässerung der Grünanlagen und zur Kühlung des Mikroklimas am Ort. Die bauliche Fertigstellung des neu gestalteten Riesenrads inklusive Wasserbecken ist für Ende 2024 vorgesehen, die Inbetriebnahme des Fahrgeschäfts voraussichtlich für Ostern 2025.

Pflege gewährleisten

Streuobstwiese in unakzeptablem Zustand

Der als Ausgleichsmaßnahme für den Bau der A 113 geschaffene Landschaftspark Rudow soll wieder in jenen Zustand versetzt werden, der im Planfeststellungsbeschluss und den begleitenden Unterlagen festgelegt wurde. Das forderte DIE LINKE gemeinsam mit Bündnis 90/Grüne in einem Antrag an die BVV, der auf der letzten Sitzung beschlossen wurde.

Insbesondere die Streuobstwiese befindet sich, so die Antragsteller, in einem nicht akzeptablen Zustand, da in den vergangenen Jahren viele der gepflanzten Bäume abgestorben sind. In der Antragsbegründung heißt es dazu: A&E-Maßnahmen sind als Ausgleich der ökologischen Beeinträchtigungen durch

eine Baumaßnahme gesetzlich verankert. Ein Ende der A&E-Erfordernis ist nur gegeben, wenn der neugeschaffene Zustand beendet (rückgebaut) wurde und der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt wurde.

Bürgersprechstunde

Stellv. Bezirksbürgermeisterin und Leiterin der Abteilung Soziales, Arbeit und Teilhabe, Carolin Weingart
Mittwoch, 13. April 2022 von **10–11.30 Uhr** (telefonisch)
Hans-Schmidt-Str. 16, Raum 131,
Eine Anmeldung ist nicht notwendig.

Personalmangel im Bezirksamt

Das Bezirksamt leidet unter akutem Personalmangel. Zwar stehen jetzt ausreichend Stellen für weiteres Personal bereit, die Besetzung gestaltet sich aber schwierig. Zu wenig Bewerbungen und oft sind Bewerber:innen nach den Standardvorgaben auch nicht ausreichend qualifiziert. DIE LINKE und B90/Grüne fordern nun in einem Antrag eine Reihe von Maßnahmen zur Personalgewinnung. Hierbei sollen auch attraktive Angebote hinsichtlich der Familienförderung vorgenommen werden. So sollen Unterstützungsmöglichkeiten für den Familiennachzug bei der Wohnungssuche oder der Arbeitssuche des:r Partner:in entwickelt werden. Auch soll ein Konzept erarbeitet werden, wann in den nächsten 5 bis 10 Jahren welche Stellen frei werden und neu besetzt werden müssen. Der Antrag wurde in die Ausschüsse verwiesen.

Beschlüsse

Beschlossen

IX/0063 WLAN in Sporthallen (SPD, DIE LINKE, B90/Grüne, Beitritt: FDP)

IX/0064 Entgeltfreies WLAN in öffentlichen Einrichtungen (DIE LINKE, SPD, B90/Grüne, Beitritt: FDP)

IX/0067 Fortschreibung des Demografiekonzepts (SPD, DIE LINKE, B90/Grüne)

IX/0115 Information, Zuwegung und Beleuchtung zum barrierefreien Zugang zum Rathaus Treptow (SPD, DIE LINKE, Beitritt: B90/Grüne, CDU, FDP)

IX/0110 Nein zu Krieg und Gewalt! Treptow-Köpenick als sicherer Hafen! (Ausschuss für Partizipation und Integration)

IX/0111 Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine (Ausschuss für Partizipation und Integration)

IX/0129 Streuobstwiese Rudow - Pflege gewährleisten (B90/Grüne, DIE LINKE)

IX/0138 Versorgung in der Gemeinschaftsunterkunft Alfred-Randt-Straße verbessern (DIE LINKE, SPD, B90/Grüne)

In die Ausschüsse überwiesen:

IX/0117 Partnerstadt Cajamarca bei Neugestaltung des Umfelds des Bahnhofes Schöneeweide und des Cajamarcaplatzes berücksichtigen (B90/Grüne, SPD, DIE LINKE)

IX/0124 Fachkräfte für das Bezirksamt gewinnen (B90/Grüne, DIE LINKE)

IX/0127 Einrichtung von Parkzonen bzw. Parkraumbewirtschaftungszonen im Rahmen der kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie (B90/Grüne, SPD, DIE LINKE)

KONTAKT

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. (030) 533 76 07
mail@linksfraktion-tk.de

Sprechzeiten:

Mo, Mi, Do 15.00 – 18.00 Uhr
Dienstag 12.00 – 17.00 Uhr
Freitag 10.00 – 13.00 Uhr
Sprechzeiten nach Voranmeldung

www.linksfraktion-tk.de



linksfraktiontk

IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der
BVV Treptow-Köpenick,
Redaktion Aus dem Rathaus,
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen
von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. März 2022
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint
am Dienstag, 3. Mai 22
Redaktionsschluss dafür: Di 19.4.22

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 16.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

Geschäftsstelle pandemiebedingt für den Publikumsverkehr nur telefonisch und per Mail erreichbar

Kassenzeiten:

**1. Dienstag im Monat (Blättchentag)
jeweils 13.00–15.45 Uhr**

Wahlkreisbüro Stefanie Fuchs, MdA

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 40 74 36 38, Fax 40 74 36 39
kontakt@fuchs-stefanie.de

Kontaktzeiten: (nur telefonisch)

Montag 10.00 – 14.00 Uhr
Donnerstag 16.00 – 19.00 Uhr
Freitag 10.00 – 13.00 Uhr

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA

Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin
Tel. (030) 80 93 27 58
buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr
Mittwoch 10.00 – 17.00 Uhr

Sprechzeiten vor Ort: um vorherige Anmeldung wird gebeten

Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA

Friedrichshagener Str. 1, 12559 Berlin
Tel. 65940 800, Fax 65940 801
buergerbuero@carsten-schatz.de

Öffnungszeiten:

Mo, Mi, Do 11.00 – 15.00 Uhr
Dienstag 10.00 – 14.00 Uhr
Freitag 14.00 – 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr

Kassenzeiten:

**1. Dienstag im Monat (Blättchentag)
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr**

www.dielinke-treptow-koepenick.de



dielinketk

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. März 2022
Erscheinungstag blättchen 280: Di. 3. Mai 2022
Redaktionsschluss dafür: Di 19.4.22
Das blättchen wird aus Spenden finanziert.

Wir gratulieren im April zum Geburtstag

- | | |
|------------------------------------|------------------------|
| 99. Wolfgang Huth | 90. Eberhard Krödel, |
| 95. Helene Kalbhenn | Leonore Kühn, |
| 93. Konrad Liebig, Wolfgang Ruben, | Gregor Schirmer, |
| Erna Scharnhorst | 85. Ingrid Knaths, |
| 92. Werner Beyer, Annelies | Ellen Markiewicz, |
| Lindemann, Sonja Stroech | Ingrid Tretter |
| 91. Edelgard Göhler, | 80. Bernd Schmidt, |
| Inge Ihlenfeld, | Renate Taeye |
| Gisbert Schmidt, | 70. Horst Wendler |
| Robert Sternberger | 65. Alexandra Hoffmann |



Die Aktivengruppe aus dem Treptower Norden unterstützte die Mieterinitiative bei einem Haustüreinsatz

Mietenprotest

Die LINKE im KOSMOS-Viertel vor Ort

Der European Housing Action Day ist der weltweite Aktionstag für ein Recht auf Wohnen für alle. Am Samstag, den 26. März machten Mieter:innen und stadtpolitische Gruppen über Aktionen in Berlin und weltweit auf ihre Kämpfe in ihren Kiezen und Wohnhäusern aufmerksam. Seit Jahren unterstützen wir als LINKE Berlin die Mietenbewegung aktiv und haben in der vergangenen Legislaturperiode aus der vergangenen Legislaturperiode der Selbstorganisationen unterstützt; nicht zu vergessen unser entschlossener Einsatz für die Umsetzung des Volksbegehrens Deutsche Wohnen und Co. enteignen!

Berlin ist die Hauptstadt der Mietenproteste und auch in Treptow-Köpenick gibt es etliche Häuser wo Mieter:innen aktiver Teil dieser großen Mietenbewegung sind. Im KOSMOS-Viertel in Altglienicke kämpfen seit Jahren Mieter:innen gegen steigende Mieten und auch gegen miese Tricks bei energetischen Modernisierungen. Dass Berlin fast 2000 Wohnungen in dieser Großsiedlung am Stadtrand rekommunalisieren konnte war ein großer Erfolg, vor allem unserer LINKEN Regierungsarbeit. Der vorherige Eigentümer Schönefeld Wohnen

wollte nur die fette Profite mit der Miete machen und so gründete sich vor fünf Jahren eine Mieterinitiative vor Ort: www.mieterprotest-kosmosviertel.de und erreichte, dass Rückzahlungen für die Mieter:innen gegen den Altleigentümer durchgesetzt werden konnten. Die Wohnungen sind jetzt in Landeshand und die Wohnungsbaugesellschaft Stadt & Land ist die neue Eigentümerin. Umso ärgerlicher sind die nicht abreißen Beschwerden über die Verwaltung der Wohnungen, über fehlende Ansprechpartner und große Mängel in den Wohnungen selbst – ich habe es selbst von den Mieter:innen gehört! Als Aktivengruppe aus dem Treptower Norden haben wir die Initiative kürzlich bei einem Haustüreinsatz unterstützt und an über 200 Wohnungstüren geklingelt und für das Vernetzungstreffen der Mieter:innen am European Housing Action Day geworben und danach gefragt, wo der Schuh drückt. Nach dem Motto „Alles verändert sich, wenn du es veränderst!“ unterstützen wir die Initiative ganz konkret, weil Mieter:innenorganisation auch bei landeseigenen Wohnungen wichtig ist und weil wir als LINKE so Politik im Stadtteil mit organisieren können. Am Samstag wurde im

Bürgersprechstunden

Gregor Gysi, MdB

Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch, **13. April von 12–18 Uhr** im Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28 in 12439 Berlin, statt. Anmeldungen bitte bei André Schubert unter 63 22 43 57

Katalin Gennburg, MdA

Öffnungszeiten des Wahlkreisbüros:
Dienstags 11 bis 17 Uhr
Moosdorfstraße 7–9; 12435 Berlin
Anmeldung: buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Stefanie Fuchs, MdA

Mein Bürgerbüro ist aufgrund der aktuellen Corona-Entwicklung für den Publikumsverkehr geschlossen. Meine Mitarbeiter:innen und ich sind trotzdem weiter für Sie erreichbar! Telefon: 030 - 40 74 36 38

Carsten Schatz

Sprechstunden per Video sind nach Vereinbarung möglich.
Anmeldung telefonisch oder per E-Mail unter: 030 - 65 94 08 00
buergerbuero@carsten-schatz.de

KOSMOS Viertel aber auch gefeiert, weil die Initiative „We ♥ KOSMOS“ fünf Jahre alt wurde. Natürlich war ich vor Ort, um die Anliegen der Menschen im Anschluss wieder mit ins Parlament und in die Regierungsarbeit zu nehmen. So geht rebellisches Regieren!

● Katalin Gennburg

Senioren Wahlanalyse

Die Beratung der AG Seniorenpolitik beim BV DIE LINKE findet im Monat April am Montag den 11.04.22 um 14 Uhr in der Geschäftsstelle Gregor Gysi Brückenstraße 28 statt.
THEMA: Weitere Präzisierung der Schlussfolgerungen aus der Wahlanalyse des BV und unserer AG vom 6.12.21 und erste Auswertung der Ergebnisse der Wahlen zur Seniorenvertretung Treptow-Köpenick. Wir brauchen dringend neue Mitstreiter ab 60 plus und Gäste aus BOn Vereinen und Verbänden sind wie immer herzlich willkommen.

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung decken zu können, ist eine Spende von mindestens 25 Cent für jede Ausgabe hilfreich. Allen Spendern herzlichen Dank für die Unterstützung. Überweisen Sie Ihre Spende bitte an: DIE LINKE Berlin
IBAN: DE59100708480525607803
BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben



Heraus
zum
1. Mai



Sonntag, 1. Mai
von 14–17 Uhr, auf dem
Schlossplatz Köpenick:
Maifest der LINKEN
Treprow-Köpenick.

Mit politischen Gesprächsrunden
und Musik von
Pascal von Wroblewsky
und Band

Geheimnisse um die Kommunale Galerie

Kein Termin für Künstler:innen in der Alten Schule

Seit Beginn des vergangenen Jahres läuft die Grundsanierung des Gebäudes der „Alten Schule“ in der Adlershofer Dörfeldstraße, unter anderem auch der Standort für die einzige Kommunale Galerie unseres Bezirkes. Schon in einer Pressemitteilung zu Beginn des Jahres 2019 hatte sich das Amt für Kultur dazu bekannt, die Ausgestaltung der Innenräume der Kommunalen Galerie Alte Schule durch engen Dialog mit den künftigen Nutzer:innen, also vor allem den Künstler:innen begleiten zu lassen, die in unserem Bezirk leben und arbeiten.

Der Innenausbau läuft derzeit auf vollen Touren und wichtige Voraussetzungen für einen (wirtschaftlich) nachhaltigen Ausbau, der zeitgemäße Ausstellungen in den Räumen der Kommunalen Galerie ermöglicht und gewährleistet, werden jetzt geschaffen. Niemand kann wollen, dass es bei dieser Investition

vor dem Hintergrund angespannter Haushaltslagen zu Fehlplanungen, unzureichender Ausstattung oder Ähnlichem kommt.

Nun könnte man meinen: Glücklicher Umstand für das Bezirksamt, dass sich engagierte Künstler:innen hier einbringen wollen mit ihrem Wissen, ihren Erfahrungen und, ja auch das, mit ihren Wünschen! Leider scheint sich aber beim Kulturamt die Begeisterung stark in Grenzen zu halten. Zunächst wurde auf Nachfrage einer Künstlerin mitgeteilt, dass es eine Art „Begehung“ nur mittels einer digitalen Präsentation außerhalb der Baustelle geben könne, da diese laut Aussage des Bauleiters nicht begehbar sei.

In einem Schreiben vom 11.03.2022 informierten dann die Künstler:innen nach Rücksprache mit dem Bauleiter den zuständigen Stadtrat Brauchmann und die Leiterin des Kulturamts Frau In-

detzki, dass der unbegehbare Zustand der Baustelle jetzt offensichtlich beendet sei und durchaus eine direkte Vorort-Begehung stattfinden könne. Verbunden war diese Information mit der Bitte, nunmehr kurzfristig einen entsprechenden Termin zu organisieren. Bis zum heutigen Tag gab es keine Reaktion. Warum nicht? Weshalb halten Stadtrat und Kulturamt die Künstler:innen hin? Will man vollendete Tatsachen schaffen – warum? Weshalb diese Geheimnistuerei? Fragen über Fragen, auf die wir gerne eine Antwort hätten.

■ ■ Edith Karge

Stolpersteine Baumschulenweg

Sieben Stolpersteine werden am Dienstag, 5. April vormittag in Baumschulenweg und Johannisthal gesetzt. Sie erinnern in Baumschulenweg an Ludwig und Bertha Allenstein, die 1942 nach Warschau verschleppt wurden und als „verschollen“ gelten, an Paula Töpfer, die in die USA flüchten musste, an Elfriede Lasch, die 1942 in den Freitod ging sowie in Johannisthal an Joseph, Gertrud und Kurt-Werner Schönwetter.

Kiezspaziergang linksaktiv

Im Zuge der Internationalen Wochen gegen Rassismus hat die AG Linksaktiv, in Kooperation mit der Initiative Adlershof gegen Rechts, am 20. März einen anti-rassistischen Kiezspaziergang durch Adlershof veranstaltet. Es wurden Orte aufgesucht, an denen rassistische Vorfälle stattgefunden haben und die Torte mit Sprüchkreide und Informationen über den Tathergang markiert.

Durch die Beschreibungen der Vorfälle möchten wir die Öffentlichkeit dazu bewegen, sich mit den rassistisch motivierten Taten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft auseinanderzusetzen und sie für die alltägliche Realität von Betroffenen zu sensibilisieren. Wir haben uns auf Daten des Register TK berufen. Dort kann jede und jeder (extrem) rassistische Vorfälle in Treprow-Köpenick und berlinweit melden. Das Register leistet damit einen nicht wegzudenkenden Beitrag für die Dokumentation und Sichtbarkeit von Rassismus in unserer Gesellschaft.

■ ■ Gerrit Peters

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

POLITIK UND ENGAGEMENT

Mo 11.4. | 14 Uhr AG Senior:innenpolitik Analyse der Wahlen im zurückliegenden Jahr und erste Auswertung der Wahl zur Senior:innenvertretung, neue Mitstreiter:innen herzlich willkommen Ort: Bürgerbüro Brückenstraße 28

Sa 23.4. | 17 Uhr Gedenkkundgebung Befreiung von Köpenick am Platz des 23. April

So 1.5. | 14–17 Uhr Maifest der LINKEN Treprow-Köpenick mit politischen Gesprächsrunden und Musik von Pascal von Wroblewsky und Band am Schlossplatz Köpenick

KONFERENZEN UND SITZUNGEN

Landesarbeitsgemeinschaften (wenn nicht anders angegeben, per Videokonferenz)

Di 12.4. | 18.30 Uhr Hauptversammlung DIE LINKE Treprow-Köpenick, mit Wahl der Bundesparteitagsdelegierten. Ort: Theater Ost, Moriz-Seeler-Straße 1

Mi 13.4. | 20 Uhr Treffen der LAG Kinderarmut (online)

Mi 20.4. | 18 Uhr Treffen der LAG Wissenschaftspolitik. Ob weiterhin digital oder in Präsenz wird zur Terminanmeldung bekanntgegeben.

Do 21.4. | 19 Uhr Treffen der LAG Klimagerechtigkeit und der LAG Städtebau und Wohnungspolitik zum

Thema „Auf dem Holzweg? Wie nachhaltig ist Holz als Brenn- und Baustoff“ im Rosa-Luxemburg-Saal

KULTUR UND UNTERHALTUNG

(Bitte über Eintrittshöhe und Zugangsbedingungen wg. Corona bei den Veranstaltern informieren)

noch bis 31.05.22 Galerie im Club: Vive la Provence! – Landschaft und Architektur. Die Fotos von Renate Ackermann vermitteln einen Eindruck von der Lebensart und Gastfreundlichkeit der Einwohner in den verträumten Dörfern Südfrankreichs, insbesondere der Region Luberon. Ernststraße 14/16, 12437 Berlin,

Mo.–Fr. 10–16.30 Uhr und zu den Veranstaltungen

Fr 8.4. | 19 Uhr Vernissage: Märchen und andere Geschichten. Assemblagen von Gunter Schöne. Kulturbundgalerie Treprow. Ernststraße 14/16, 12437 Berlin. Ausstellungsdauer: 11.04. bis 27.05.22

Fr 29.4. | 19 Uhr Harry Belafonte – Sänger der Herzen. Hommage zum 95. Geburtstag 2022. Das Kalliope-Team mit der Journalistin Gisela M. Gulu, dem Schauspieler und Sänger Lusako Karonga und dem Pianisten Armin Baptist leistet seinen Tribut an diesen großartigen Künstler. Kulturküche Bohnsdorf, Dahmestraße 33, 12526 Berlin (KL-Haus)